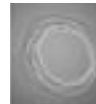


Hannover gewinnt mit Grün!



Bericht über die Mitglieder- und Wahlversammlung des Stadtverbandes und die KandidatInnen auf Seite 3

Der Grüne Zukunftskongress



Beiträge zum Grünen Zukunftskongress zum Thema Grundsicherung und Wachstum auf Seiten 4/5

pro und contra Ladenöffnungszeiten



Shopper ohne Grenzen - das soll rund um den Bahnhof möglich sein. Kontroverse auf Seite 11

Sonstiges

- Familie und Beruf: S. 6
- Grüne in Stadt und Land: S. 7
- BHKW jetzt!: Seite 8
- Praktikum bei Conti: Seite 9
- GJH in Aktion: Seite 10
- Sommerfest Benthe: Seite 12



Region Hannover Grüne Seiten

Mitteilungsblatt der GRÜNEN in der Region Hannover • Juni 2006

Das Programm wurde von den rund 100 anwesenden Parteimitgliedern ohne größere Änderungen verabschiedet. In dem Programm werden auch die Erfolge hervorgehoben, die Grüne in den ersten Jahren der neu gegründeten Region erzielen konnten.

Wir haben viel erreicht für die Region!

Trotz schwieriger Haushaltslage konnte die hohe Qualität im öffentlichen Nahverkehr gesichert werden. Mit den Stadtbahnverlängerungen nach Altwarmbüchen, dem Bau der Umsteigeanlage Hannover-Linden und der Einführung von Regionaltarifen mit Celle, Nienburg und Schaumburg wurde der Nahverkehr ausgebaut.

Im Klimaschutz ist die Region bundesweit führend. Es sind in den vergangenen Jahren über 3000 Arbeitsplätze entstanden. Die Förderung regenerativer Energien und die energetische Sanierung füllen die Auftragsbücher des regionalen Handwerks. Jeder Euro an öffentlichen Mitteln mobilisiert 7 Euro an Folgeinvestitionen.

Mit der Gründung der ARGE ist in 15 dezentralen Jobcentern eine wohnortnahe Betreuungsstruktur für Arbeitslosengeld II-BezieherInnen entstanden. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung geschaffen, um Jugendlichen unter 25 Jahren künftig sofort nach Antragstellung einen Ausbildungsplatz oder eine Qualifizierungsmaßnahme vermitteln zu können.

Die Bildung der Klinikum Hannover GmbH in öffentlicher Trägerschaft gewährleistet eine medizinisch hochwertige Gesundheitsversorgung vor Ort.

Mitglieder- und Wahlversammlung des Regionsverbandes

Die Region: Nur mit Grün

Die Grünen in der Region Hannover haben auf ihrer Mitglieder- und Wahlversammlung im Freizeithaus Ricklingen am 22.04.2006 das Programm für die Wahl zur Regionsversammlung und die KandidatInnen für die Regionsversammlung gewählt.



Unsere SpitzenkandidatInnen für die Region (von links): Rita Klindworth-Budny, Angela Klingrad, Wolfgang Zingler, Annemarie Schacherer, Heinz Strassmann, Doris Klawunde, Anja Ritschel, Serdar Saris, Meike Schümer, Hinne Burmeister, Raoul Schmidt-Lamontain, Ludwig Hecke, Brigitte Nieße. Es fehlt auf dem Foto: Ulrich Schmersow.

Die Abfallwirtschaft wurde regionalisiert. Mit dem Bau der Biologischen Anlage wird die Müllverbrennung auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß reduziert. Die Müllgebühren sind stabil und bundesweit im unteren Bereich.

Doch es gibt noch viel zu tun. Für die kommende Legislaturperiode fordern wir:

Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern

Wir fordern mindestens ein beitragsfreies Kinderbetreuungs-jahr in der Region. Die Region muss bei der Schaffung neuer Betreuungsmöglichkeiten für unter 3-Jährige und der Ganztagsbetreuung ihre Anstrengungen verstärken. Wir

Fortsetzung: Seite 2

Liebe Freundinnen und Freunde!

Auch wenn wir mitten im Kommunalwahlkampf sind, wichtig ist uns auch die breite Diskussion von Ideen zur Grünen Gestaltung der Zukunft. Daher laden wir euch zur Grünen Zukunftsdebatte ein.

Als Auftakt wollen wir mit Peter Siller, einem der Autoren der „Zukunfts-Thesen“, der vom Berliner Tagesspiegel mal als „Joschka Fischers Punk“ bezeichnet wurde, auf einer Mitgliederversammlung diskutieren.

Zum Beispiel darüber, wie wir unser Grundsicherungskonzept gestalten. Die Grüne Jugend schreibt dazu in diesem Heft einen Beitrag.

Nicht nur bei den Themen Arbeit der Zukunft oder soziale Gerechtigkeit bieten die Grünen neue weitreichende Ideen, auch in den klassischen Grünen Kernthemen Ökologie oder Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft bieten die Thesen kontroverse Vorschläge.

Besonders für die Zukunft der Kinder enthalten die Thesen sehr konkrete Empfehlungen vom Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr bis zum Startkapital von 60.000 Euro für jeden, um die unabhängige, finanzielle Absicherung der gewünschten Ausbildung zu haben.

Die gesamten Thesen findet ihr unter www.gruenerzukunfts-kongress.de.

Wir freuen uns auf eine spannende und kontroverse Diskussion.

Michael Pelke,
Regionsvorsitzender



streben die Einrichtung von 1.500 neuen Tagespflegeplätzen an. Arbeitslose mit Kindern müssen bei der Aufnahme einer Arbeit oder einer Qualifizierungsmaßnahme bei Bedarf einen Betreuungsplatz durch die Region bekommen.

Ausbildung fördern, Arbeitslosigkeit bekämpfen, Armut vorbeugen

Wir wollen mit Lohnkostenzuschüssen die Vermittlung von Arbeitslosen in den Ersten Arbeitsmarkt fördern. Wir wollen Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose statt Sozialgeld. Wir wollen, dass die Berufsschulen auch eigenständig ausbilden. Wir streben an, jedem Antragssteller von Arbeitslosengeld II innerhalb einer Woche ein qualifiziertes Beratungsgespräch zu garantieren. Ab 2008 soll es ein kostengünstiges Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr geben.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze, spart Kosten, schützt die Umwelt

Klimaschutz ist Zukunftsaufgabe. Um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen drastisch vermindert werden. Wir wollen die führende Position der Region beim Klimaschutz ausbauen. Klimaschutz ist das Zukunftsprogramm für die mittelständische Wirtschaft. Klimaschutz nützt nicht nur der Umwelt, sondern schafft Arbeitsplätze und senkt die

Energiekosten für VerbraucherInnen und Betriebe. Wir streben die Verfünfachung der regionalen Fördermittel für den Klimaschutz an, z.B. für die energetische Sanierung bestehender Gebäude auf 1 Mio. Euro jährlich.

Eine regionale Gesundheitsversorgung für alle

Das Klinikum der Region Hannover muss in öffentlicher Trägerschaft bleiben. Wir streben den Erhalt der Krankenhausstandorte im Umland an, um eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung in Gesundheitszentren sicherzustellen, in denen stationäre und ambulante Angebote miteinander verzahnt werden.

Wir wollen auch in anderen Bereichen die Region weiter voranbringen und gestalten. Wir wollen einen umweltfreundlichen kundenorientierten öffentlichen Nahverkehr, größere Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, den Ausbau der Naherholung, die Weiterführung des Verwaltungsreformprozesses, eine Regionalplanung, die die Interessen der 21 Kommunen berücksichtigt und eine nachhaltige kostensparende Finanzwirtschaft.

Gemeinsam für mehr Grün in der Region!

Damit wir all das verwirklichen können, braucht es starke Grüne. Wir freuen uns auf einen engagierten Wahlkampf von euch und mit euch, damit auch in den kommenden Jahren in der Region nichts ohne Grün geht!

Wer kandidiert denn sonst noch in der Region?

In der Region Hannover kandidieren insgesamt etwa 300 Menschen für Grün! Allen möchten wir ganz herzlich danken! Exemplarisch stellen wir hier einige Bürgermeister KandidatInnen für die Region Hannover vor.



Bürgermeister-Kandidatin für Gehrden:

Eva Kiene-Stengel, 54, Med. Techn. Assistentin
Kontakt: Tel.: 05108 - 4692, Eva.Kiene@web.de
Seit 1991 Mitglied des Gehrden Stadtrates, Fraktionssprecherin.



Bürgermeister-Kandidatin für Barsinghausen:

Ulrike Westphal, 45, Ministerialrätin
Kontakt: Tel.: 05105 51 45 78
Seit zehn Jahren Fraktionssprecherin der Grünen in Barsinghausen, 96-98 stv. Bürgermeisterin.



Bürgermeister-Kandidatin für Garbsen:

Martina März, 44, Juristin
Seit 1988 Mitglied im Garbsener Rat, Fraktionsvorsitzende. Schwerpunkte: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Lärm/Fluglärm, Arbeit und Ausbildung.



Bürgermeister-Kandidatin für Seelze:

Anja Möhring, 37
Seit fünf Jahren Erste Stadträtin der Stadt Hemmingen. Schwerpunkte: Kinderbetreuung, Integration und Haushaltskonsolidierung.



Bürgermeister-Kandidat für die Wedemark:

Bernd Düerkop, 53, Lehrer
Kontakt: bernd.dueerkop@gruenewedemark.de
Seit 1991 für die Grünen in der Wedemark im Gemeinderat. Schwerpunkte: Bildung und Schule.



Bürgermeister-Kandidat für Langenhagen:

Dirk Musfeldt, 39
Kontakt: dirk-musfeldt@dirk-musfeldt.de
Zehn Jahre für die Grünen in Langenhagen im Rat. Schwerpunkte: Familie, Stadtentwicklung, Soziales.

Unsere KandidatInnen für die Region

Auf dem jeweils ersten Platz der 14 Wahlbereiche für die Regionsversammlung kandidieren :



Burgdorf-Lehrte-Uetze
Doris Klawunde, 48
selbständig



Mitte-Südstadt
Serdar Saris, 46
Sozialwissenschaftler



westl. Stadtteile
Brigitte Nieße, 54
Stadtplanerin



Burgw.-Isernh.-Langen.
Anne Schacherer, 52
Agrarbiologin



Linden-Limmer-Rickl.
Raoul Schmidt-Lamontain, 29, Architekt



List-Vahrenwald
Hinne Burmeister, 37
Unternehmer



Hemm.-Ronnen.-Springe
Ulrich Schmiersow, 48
Landschaftsplaner



Hannover-Südost
Meike Schümer, 33
Krankenschwester



Barsingh.-Gehrden-Seelze
Heinz Strassmann, 57
Berufsschullehrer



Neustadt-Wunstorf
Wolfgang Zingler, 48,
Sozialpädagoge



Hannover-Nordost
Ludwig Hecke, 49
Sozialpädagoge



Garbsen-Wedemark
Angela Klingrad, 56
Dipl. Holzwirtin



Laatzen-Patten.-Sehnde
Rita Klindworth-Budny, 47, Pastorin



Hannover-Nordwest
Anja Ritschel, 40
Landschaftsplanerin

Alle weiteren KandidatInnen und das Programm findet ihr unter www.gruene-hannover.de

Kontakt Daten Regionsverband:

Bündnis 90/Die Grünen,
Regionsverband Hannover
Senior-Blumenberg-Gang 1,
30159 Hannover
Tel.: 0511 300 88 66,
Fax: 0511 300 89 66

region@gruene-hannover.de
die Geschäftsführer direkt:
schuetz@gruene-hannover.de
isermann@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Kto. Nr.: 84 18 700,
Blz.: 251 205 10,
Bank für Sozialwirtschaft

Mitgliedsbeiträge werden weiter an die Gliederung gezahlt, an die sie auch vor der Fusion gezahlt wurden.

Hannover gewinnt mit Grün!

In Hannover geht es mit Grün voran: Mit nur einer Enthaltung haben die Mitglieder das Programm für die Kommunalwahl am 10. September verabschiedet.



Unsere SpitzenkandidatInnen für den Hannoverschen Rat (von links): Michael Dette, Wilhelm Vogt, Werner Putzke, Ingrid Lange, Mark Bindert, Lothar Schlieckau, Ingrid Wagemann, Katrin Mohr, Eberhard Mecklenburg, Maaret Westphely, Jens Allerheiligen, Hannelore Mücke-Bertram. Es fehlen auf dem Foto: Regine Kramarek und Santo Vitellaro.

Auf der Mitgliederversammlung am 6. Mai im Freizeitheim Ricklingen setzte sich die Grüne OB-Kandidatin Ingrid Wagemann für die Abschaffung des Essengeldes in den Hannoverschen Kitas ein: „Dass Kinder wegen der Einführung des Essengeldes von einem Kita-Platz ferngehalten werden, kann nicht gewollt sein.“

Der Antrag wurde in das rund 45 Seiten starke Programm aufgenommen.

Fünf konkrete Versprechen

Mit fünf konkreten Versprechen wirbt das Wahlprogramm für Vertrauen in grüne Politik. Die Grünen garantieren jedem Kind in Hannover eine hochwertige Betreuung nach Maß. 1.000 zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen in sozialen und kulturellen Einrichtungen Hannovers sollen die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen sicherstellen. Weiterer Kernpunkt des Wahlprogramms: der Klimaschutz. Gebäudesanierungen, Investitionen in Blockheizkraftwerke sowie Solar- und Bioenergie sollen pro Jahr 500 Arbeitsplätze entstehen

lassen. Für bessere Luft soll das Durchfahrverbot für Lastwagen ohne Rußfilter sorgen. In Umweltzonen des Stadtgebiets wird der Transitverkehr damit unterbunden.

Mit einem Integrationsprogramm – als weiterem urgrünen Thema – ziehen die Ratskandidaten in

den Wahlkampf. „Integration konkret“ fördert Projekte und Initiativen zur interkulturellen Verständigung in den Stadtteilen.

Die grüne Ratsfraktion hat schon in der vergangenen Legislaturperiode entscheidende Akzente gesetzt. Wichtige Themen waren unter anderem die Verwaltungs-

modernisierung, Energie oder Soziales. Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden bis 2008 weitere 1.000 Betreuungspunkte für Kinder unter drei Jahren eingerichtet. Die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten wurden verlängert. Und auch qualitativ ist die grüne Handschrift erkennbar: Ein Sprachförderprogramm in Kindertagesstätten verbessert die Integration der Kleinsten und sorgt für einen gelungenen Schulstart. Zukunftsweisende Politik hat die Fraktion auch im Bereich Ökologie verwirklicht – ob flächensparendes Bauen, Niedrigenergiehäuser, Nahwärmeversorgung oder die Nutzung erneuerbarer Energien. An drei Standorten in Hannover sollen zudem Passivhaussiedlungen entstehen.

Grüne Dezernenten haben die Verwaltungsmodernisierung in den vergangenen fünf Jahren entscheidend angestoßen und geprägt. Aus mehr als 40 Ämtern entstanden 24 Fachbereiche und Betriebe. Moderne Ämter bieten Bürgerinnen und Bürgern nun vernetzte und unbürokratische Dienstleistungen.

Mit den Erfahrungen und Erfolgen der letzten Legislaturperiode und neuen Ideen für die Gestaltung Hannovers wollen wir Grüne die Stadtpolitik in Hannover weiter mitgestalten. Die Spitzenkandidaten der 14 Wahlbereiche wollen die Weichen für Hannovers Zukunft stellen – auf hohem ökologischem Niveau, sozial ausgewogen und kulturell abwechslungsreich.

Unsere KandidatInnen für den Rat Hannover

Auf dem jeweils ersten Platz der 14 Wahlbereiche für den Hannoverschen Rat kandidieren :



Linden-Limmer
Lothar Schlieckau, 55
Psychatriekoordinator



Südstadt-Bult
Michael Dette, 48
Eisenbahner



List
Ingrid Wagemann, 49
Sozialpädagogin



Mitte
Maaret Westphely, 31
Dipl. Geografin



Nord
Werner Putzke, 48
Kaufmann



Döhren-Wülfel
Mark Bindert, 37
Jugendbildungsreferent



Bothfeld-Vahrenheide
Katrin Mohr, 30
technische Redakteurin



Buchholz-Kleefeld
Ingrid Lange, 68
Politikwissenschaftlerin



Ricklingen
Hannelore Mücke-Bertram, 53, Sozialpäd.



Kirchrode-Bemerode
Regine Kramarek, 47
Dipl. Designerin



Vahrenwald
Eberhard Mecklenburg, 46, EDV-Fachmann



Herrenhausen-Stöcken
Jens Allerheiligen, 37
Bankkaufmann



Ahlem-Badenstedt
Wilhelm Vogt, 54
Lehrer



Misburg-Anderten
Santo Vitellaro, 45
Lehrer

Alle weiteren KandidatInnen und das Programm findet ihr unter www.gruene-hannover.de

Demographischer Wandel in der Metropolregion

Schlaglichter aus dem Vortrag der Braunschweiger Regionalplanung und der Diskussion mit den Metropolregionsgrünen in Braunschweig:

Erst ab 2010/2012 wird die Bevölkerungsentwicklung deutlich rückläufig sein. Wohnort(= Umzugs)-Kriterien werden dann sein: das Vorhandensein von Arbeitsplätzen, die Lage an ÖPNV-Achsen und das Vorhandensein von Baulandgebieten. Das heißt, dass Siedlungen im stadtnahen Raum erhalten bleiben und im ländlich-peripheren Raum veröden.

Dem Trend entgegenwirken könnte man durch Attraktivitätssteigerung eines Standortes und BürgerInnen-Engagement, um infrastrukturelle Engpässe abzufangen.

Die Raumordnung/Regionalplanung in der Verwaltung sieht es als ihre Aufgabe an, für Ausgleich zu sorgen und behutsam alles zu erhalten. Besondere Bedeutung weist sie in Zukunft den Freiräumen zu. Von den Grünen wird in diesem Zusammenhang die Wiedernutzung von Brachen- und Altflächen angeführt.

Schwerpunktthema der grünen Diskussion ist die Stadt/Land-Frage: Sind sterbende Dörfer und die Konzentration auf die „Kerne“ auch unsere Linie?

Aber eine zerstreute Siedlungsstruktur wird die Zunahme des PKW-Verkehrs und die Abkehr von ökologischen Zielsetzungen (keine Zersiedlung, Freiflächensicherung) zur Folge haben. Das muss noch weiter diskutiert werden.

Eine statistische Auffälligkeit aus der Region Hannover wird als Denkanstoß angebracht: Es zeichnet sich ab, dass viele erwerbstätige junge Frauen in die Peripherie ziehen und dann ihre Erwerbstätigkeit nicht mehr aufrechterhalten können. Grund sind unter anderem Probleme mit der Kinderunterbringung. Diese Problematik muss mehr ins Blickfeld genommen werden.

Immer wieder werden in der Öffentlichkeit Forderungen nach einem bedingungslosen Grundeinkommen laut. Die Idee ist nicht neu, denn es waren die Grünen selbst, die sich in den achtziger Jahren aktiv für das „Einkommen für alle“ einsetzten. Heute sieht die Debatte etwas anders aus: Claudia Roth und Reinhard Bütikofer treten in ihren Thesepapieren zum Zukunftskongress nur noch für eine Grundsicherung mit Bedürftigkeitsprüfung und Gegenleistungspflicht ein. Hiervon grenzt sich die Grüne Jugend in ihrem Leitanspruch „Der ermutigende Sozialstaat“ entschieden ab.

Obwohl wir in Deutschland seit Jahrzehnten eine deutliche Produktivitätssteigerung haben, entfernen wir uns immer weiter von der erhofften Vollbeschäftigung. Die zunehmende Technologisierung macht es den Unternehmen vielmehr möglich, mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr zu produzieren. Die Folgen sind Rationalisierung und Massenerwerbslosigkeit, wodurch viele Menschen ohne Erwerbsarbeit mit der „Grundsicherung Hartz IV“ ins soziale Elend abrutschen. Ein Leben in Armut, der Ausschluss und die Stigmatisierung durch die Gesellschaft sowie erniedrigende staatliche Kontrollen und Repressionen gehören zum normalen Alltag von Erwerbslosen.

Um endlich wieder jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen fordert die Grüne Jugend die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Das Grundeinkommen steht nach dem Beschluss der Grünen Jugend allen BürgerInnen individuell und garantiert zu. Es muss oberhalb der Armutsgrenze liegen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Auf einen Arbeitszwang und eine Bedürftigkeitsprüfung wird dabei verzichtet.

Nach unserem Menschenbild, wollen Menschen arbeiten, wenn

Bedingungslos sozial

Im Vorfeld des Grünen Zukunftskongresses beginnt auch die Grüne Jugend sich mit ihren Vorschlägen des Leitanspruchs vom Bundeskongress in Jena in die Debatte einzumischen. Zur einer effektiven Armutsbekämpfung und einer gerechten Verteilung der Arbeit äußern sich Sven Kindler und Janko Marklein von der Grünen Jugend, Verfasser des Abschnitts zum Grundeinkommen im Leitanspruch.



Auch das ist Arbeit: Theaterspielen mit Kindern bei den Pfadfindern

sie dazu die Möglichkeit haben. Mit einer gesicherten finanziellen Existenz können sich die Menschen wieder dort einbringen, wo sie dies wollen und gebraucht werden. Auch außerhalb der schwindenden Erwerbsarbeit. Bereits heute engagiert sich ein Drittel aller BürgerInnen in Deutschland ehrenamtlich. Diese Zahl dürfte deutlich steigen, wenn sie wieder mehr Zeit hätten und ohne staatlichen Druck und Existenzängste arbeiten könnten.

In Zeiten der Massenerwerbslosigkeit ist das Grundeinkommen aktueller denn je und die Zahl der UnterstützerInnen des Grundeinkommens wächst beständig.

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ (ein Zusammenschluss aus WissenschaftlerInnen, NGOs, und Einzelpersonen), Grüne PolitikerInnen, attac, aber auch

Wirtschaftsliberale wie der Unternehmer Götz Werner sprechen sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus.

Nun wird die Debatte aktiv in der Partei ausgetragen werden und wir gehen davon aus, dass die Forderungen der Grünen Jugend auch auf dem Zukunftskongress intensiv diskutiert werden. Das offensive Eintreten für ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte das sozialpolitische Profil der Grünen Partei entschieden schärfen und eine zukunftsfähige Perspektive für einen modernen Sozialstaat aufzeigen

Sven-Christian Kindler

sven-christian.kindler@gj-nds.de



Janko Marklein

janko.marklein@gj-nds.de



Ich habe die Zukunftsthesen zum Thema Wirtschaft gelesen und bin tief enttäuscht. Denn auch Grün hat nichts gelernt. Ich frage mich, wie lange man einen Weg gehen will, der erkennbar unsere Probleme verstärkt, statt löst. Ich spreche von der Floskel „Wachstum“. Seit über 35 Jahren versprechen alle Parteien dass wir „nur“ Wachstum bräuchten, dann würde alles gut werden. Klar - hinter der „Wundertüte Wachstum“ lässt sich alles verstecken, was uns heute Probleme bereitet, also brauchen wir „nur Wachstum“. Aber das ist nicht so einfach.

Was haben wir in diesen Jahren nicht alles versucht:

- Weniger Arbeiten,
- Mehr Arbeiten,
- Mehr Steuern von den Betrieben erheben,
- Steuern senken (durch einen Rot-Grünen Fehler sogar für einige Jahre auf 0 Euro für Großbetriebe)

Das einzige, was gewachsen ist, ist die Arbeitslosigkeit. Seit 35 Jahren.

Wie wenig begriffen wird, was da für leere Hoffnungen versprochen werden, verdeutlicht die gerade auch bei Grün immer wieder gerne verwendete Floskel vom „nachhaltigen Wachstum“.

Die „Nachhaltigkeit“ wurde in der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts definiert als eine wirtschaftsweise, bei der gerade soviel Bäume einem Wald entnommen werden, wie neue gepflanzt werden. Nachdem jeder Wald eine definierte Größe hat, bedeutet Nachhaltigkeit also nichts anderes als einen „eingeschwungenen Zustand“, und somit das absolute Gegenteil von „Wachstum“.

Der Begriff „nachhaltiges Wachstum“ ist schlicht und einfach Schwachsinn, um nicht zu sagen Volksverdummung, und belegt für mich nur, dass die Autoren absolut nichts verstanden haben. Leider. Egal wie ich es drehe und wende, ob ich es „ressourcenleichtes Wachstum(!)“ oder sonst irgendwie nenne - Wachstum bedeutet immer ein „mehr“! Um den Irrsinn mal klarer aufzuzeigen:

Wenn wir zum Beispiel 3% Wachstum über Jahrzehnte haben wollen, würde das letztendlich in der Wohnungswirtschaft bedeuten, dass in ca. 30 Jahren

Die Floskel „Wachstum“

Der Grüne Zukunftskongress will Diskussionen anstoßen. Hierzu sind alle herzlich eingeladen, unter www.gruenerzukunftskongress.de ihre Meinung zu den Thesen des Bundesvorstandes mitzuteilen. Genutzt hat dies Christopher Bodirsky. Seine Gedanken zum Wachstumsbegriff drucken wir hier ab. Ein Kommentar von Christopher Bodirsky



alle Mieter ihre neue Wohnung nach 1 Jahr verlassen müssen,

Fahrräder - das wäre zumindest ökologisch korrekt - aber alle 2

damit diese abgerissen werden kann, um eine neue Wohnung zu bauen. Ok, das war jetzt provokativ, das meinen wir sicher nicht.

Also soll dann jede Familie statt 2 vielleicht 4 Autos haben. Sicher auch nicht. Ok, mehr Konsum: Statt 2 Wurstsemmeln zum Frühstück vielleicht 4, oder mehr Wein, Bier, Schnaps? Das führt zu Wachstum der Leibesfülle und zu Wachstum im medizinischen Bereich - das wäre aber sicher wieder das falsche Wachstum.

Mehr Fernseher? Mehr Computer? Mehr Fahrräder? Ok, das wäre zumindest

Jahre ein neues Fahrrad kaufen wegen „Wachstum“?

Natürlich gibt es (leider nur kleine) Bereiche, in denen Wachstum möglich und auch sinnvoll ist - aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wachstum nicht unsere Probleme löst, sondern dass Wachstum unser Problem IST. Oder um mit Einstein (ich glaube, der war's) zu sprechen „Man kann Probleme nicht mit den Methoden lösen, die das Problem verursacht haben“.

Grüne als Vordenker

Wir Grüne sehen uns immer gerne als Vordenker, und gerade in der Opposition ist ja die ideale Gelegenheit, neue Ideen zu entwerfen. Warum also nicht wirklich neue Ideen, wie zum Beispiel das bedingungslose Grundeinkommen wie es Götz Werner propagiert mit seinem völlig anderen Menschenbild, mit einer Vision für eine andere Gesellschaft die trotzdem dem Einzelnen die maximale Freiheit lässt?

Auch diese Idee lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen, und natürlich gibt es da auch Probleme, die gelöst werden wollen. Aber für viele gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme bietet dieses Modell realistische Lösungen, wie es kein anderes Modell vermag (wem das Modell absolut unbekannt ist: www.unternimm-die-zukunft.de).

Solche Ideen würde ich bei einem Zukunftskongress erwarten!

Zukunft ist machbar, Herr Nachbar!

Christopher Bodirsky
christopher.bodirsky@t-online.de



Einladung zur Mitgliederversammlung

Die Grünen Zukunftsthesen

Am: 23.06.2006 um 18.00 Uhr

Im: Schulungsraum der Step, Odeonstraße 4, 30159 Hannover

Mit: Peter Siller, Böll-Stiftung und einer der Autoren der Thesen

Welche Regelungen skandinavischer Länder können wir uns zur Reform unseres Sozialstaats zum Vorbild nehmen? Wie gestalten wir unser Grundsicherung-Konzept aus? Ist die Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen durch Investivlohn eine Antwort auf die durch die Globalisierung veränderten Gestaltungsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft?

Einige der Fragen haben wir in diesen Grünen Seiten angeschnitten. Vertiefen wollen wir die Diskussion mit euch und unserem Gast Peter Siller im Rahmen der Mitgliederversammlung.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt wird die Wahl der Delegierten für LDK und BDK sein.

Wir brauchen in Hannover mehr und bedarfsgerechte Betreuungsangebote gerade für die unter Dreijährigen, wir brauchen eine Infrastruktur in der Stadt, die Kindern gerecht wird - wir brauchen betriebliche Rahmenbedingungen für Eltern, um Kinder und Beruf auf einen Nenner zu bringen.

Allerorten wird sich bemüht und beschrieben, dass Erziehung und Betreuung von Kindern Sache beider Eltern ist, dass die Kompetenzen von Frauen wesentlich sind in einer sich verändernden Arbeitswelt, dass Väter in der Erziehung ihrer Kinder gebraucht werden und profitieren können, dass ein Betrieb mit kinderfreundlichen Rahmenbedingungen insgesamt positiv auf den wirtschaftlichen Erfolg wirkt, weil Kontinuität, Motivation und Leistungsfähigkeit im Betrieb steigen.

Die Praxis bleibt hinter den Erkenntnissen zurück.

Es fehlen Arbeitszeitmodelle und Akzeptanz

Andrea Waibl vom Verein für Alleinerziehende Mütter und Väter stellt fest, dass alleinerziehende Mütter die Arbeitszeitmodelle für ihre Berufstätigkeit fehlen - und häufig die entsprechenden Betreuungsplätze.

Aber es mangelt auch an Akzeptanz und Bereitschaft in den Betrieben, sich auf Eltern einzulassen. Eine Mutter, deren Kind krank wird, nimmt Urlaub. Mit Beginn der Schulpflicht müssen die Schulferienwochen bewältigt werden. Im Bemühen, das Handicap „Kind“ möglichst unbemerkt im Betrieb zu halten, erhöht sich der Stress zur „normalen Doppelbelastung“ um ein Vielfaches.

Familiengerechte MHH - motivierte Beschäftigte

Die MHH macht Punkte als familiengerechte Hochschule und leistet einiges für die Vereinbarkeit im Rahmen des Audit. Frau Dr. Miemietz, Gleichstellungsbeauftragte der MHH und Projektleiterin des audit familiengerechte Hochschule, schätzt vor allem die Veränderungen, die in den Köpfen der Menschen in der MHH stattfinden.

Die Struktur des Audit zur familiengerechten Hochschule erfordert die konsequente Mitarbeit und die Auseinandersetzung auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebes.

Gratwanderung Familie und Beruf

Eine hochwertige Kinderbetreuung nach Maß ist ein wichtiges Ziel grüner Kommunalpolitik. Zur Lebensqualität von Kindern und Eltern gehört neben der Kita um die Ecke auch der Arbeitsplatz mit dem richtigen Zuschnitt und einem kinderfreundlichen Betriebsklima. Zu diesem Thema hat die Grüne OB-Kandidatin Ingrid Wagemann zu einer Diskussion eingeladen.

Ein Bericht von Ingrid Wagemann



Das Podium (von links): Dr. Bärbel Miemietz, Dr. Michael Seitz, Ingrid Wagemann, Andrea Waibl, Uta Birkholz.

Die Marke erweist sich als nützlich bei der Akquise von Fördermitteln, wenn die Familienfreundlichkeit des Hochschulbetriebes ein Kriterium bei der Mittelvergabe ist. Das erleichtert die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und Projektleiterin. Sie kann für den Wissenschaftsbetrieb wie für den Krankenhausbetrieb der MHH die Rahmenbedingungen weiter verbessern.

Eine Karriere im Wissenschaftsbetrieb setzt heute einen Einsatz nach dem Prinzip „sieben Tage - 24 Stunden“ voraus. Wie Menschen mit Kindern diese Anforderungen bewältigen sollen, darauf ist schwerlich eine Antwortung zu finden im Sinne der Vereinbarkeit von Karriere und Kind.

Kind und Schichtbetrieb - Wie passt das zusammen?

Ganz anders und doch sehr ähnlich - bei VW wird auch Tag und Nacht gearbeitet. Eine Lösung, wie Menschen mit Kindern und ein Schichtbetrieb zusammen passen können, ist vor diesem Hintergrund schwer zu finden.

Kleine Ansätze zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind vorhanden, so gibt es eine Betriebsvereinbarung zu Teilzeit und zu abweichenden Arbeitszeiten, Familienservice und spezielle Frauenförderprogramme, berichtete Uta Birkholz, Betriebsrätin IG Metall und Sprecherin des Ausschuss des Betriebsrates zur Gleichstellung der Frau.

Nicht zu unterschätzen ist die Größe des Verwaltungsbetriebes, in dem eine Vereinbarkeit von Kindern und Beruf eher gefördert werden kann - allerdings um den Preis, dass dieses „Privileg“ die Trennung zwischen Produktionsbereich und Verwaltungsbereich negativ verstärkt.

Pflegebedürftige Angehörige und Beruf

Dr. Michael Seitz, Referent für Wirtschaftspolitik der Industrie- und Handelskammer, ergänzt, dass die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sich zukünftig auch auf die Erfordernisse pflegebedürftiger Angehöriger beziehen wird. Nach seiner Ein-

schätzung werden Betriebe in dem Rahmen Möglichkeiten für die Vereinbarkeit schaffen, in dem sie davon auch profitieren. Nicht mehr - und nicht weniger.

Unterstützend ist aus seiner Sicht eine betriebliche Situation, in der EntscheiderInnen in der Firma auch „Betroffene“ sind. Hier findet die wichtige Veränderung in den Köpfen statt, die ein anderes Denken erst ermöglicht.

Die IHK hat 2004 mit dem „Kita-Check“ auf die Notwendigkeit von flexiblen Öffnungszeiten und Betreuungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht und hierbei auch Kitas in Hannover prämiert. Pläne für eigene Aktivitäten, Hinweise oder Informationen, wie Betriebe die Vereinbarkeit intern umsetzen oder verbessern können, bestehen aktuell nicht.

Publikum wie Podium stellen fest, das die Situationen von Eltern und Kindern immer erst dann berücksichtigt werden, wenn es für die betrieblichen Rahmenbedingungen erforderlich ist. Dann zeigt sich wirklicher Einfallsreichtum von der betrieblichen Kinderbetreuung über flexible Arbeitszeitmodelle über Heimarbeitsplätze bis hin zu dem Büro, in dem Kinder willkommen sind.

Eine Verbesserung als gesellschaftlicher Anspruch, Frauen und Männern das Leben mit Kindern zu erleichtern, ist für betriebliche Überlegungen nicht relevant.

Politik ist gefragt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Unternehmen und Betriebe in der Stadt anders fordern, damit Eltern sich Arbeit leisten können.

Die Stadt muss mit gutem Beispiel voran gehen!

Eine hochwertige Kinderbetreuung nach Maß ist eine grüne Maxime. Die andere ist es, dafür zu sorgen, dass zumindest in der städtischen Verwaltung, in städtischen Betrieben und jenen, die wesentlich von der Stadt Hannover getragen werden, die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf selbstverständlich zum Unternehmensprofil gehört.

Und zum Hannover Marketing der Zukunft gehört das Image als familienfreundliche Stadt mit familienfreundlichen Betrieben.

Ingrid Wagemann

mail@ingrid-wagemann.de
www.ingrid-wagemann.de



Grüne in Lehrte

36 muntere Grüne tummeln sich in einem der größten Ortsverbände des ehemaligen Landkreises Hannover und das seit 25 Jahren. Und seit fast 25 Jahren sind wir auch im Rat der Stadt Lehrte vertreten. Von Ronald Schütz, Fraktionsvorsitzender



Muntere Lehrter Grüne beim Wahlkampf

Lehrte hat ca. 45.000 EinwohnerInnen, die sich etwa hälftig auf die Kernstadt und insgesamt 9 Ortschaften verteilen. Das Gebiet erstreckt sich im Osten der Region Hannover von der Stadtgrenze Hannovers (Anderten) bis zum Landkreis Peine in Ost-Westrichtung und in Nord-Südrichtung von Burgdorf bis Sehnde.

Historisch betrachtet ist Lehrte von Geburt Bauerndorf, allerdings beim erwachsen werden geprägt von der Eisenbahn, der Zucker- und Zementindustrie sowie vom Salzbergbau. Heute ist nur noch die Eisenbahn prägend durch das große Eisenbahnkreuz in alle Himmelsrichtungen was uns aber auch hervorragende Verbindungen im Bereich des ÖPNV beschert. Von Lehrte ist man in 10 Minuten mit dem Zug in Hannover! und in 1 ¾ Stunden auf dem Lehrter Bahnhof, allerdings in Berlin. Aber die Geschichte zu erzählen führt hier zu weit.

Die Industrie ist abgewickelt und verbunden mit dem entsprechenden Strukturwandel fallen viele ehemalige Industrieflächen brach, die in der Vergangenheit umgenutzt wurden. Nach unserem Verständnis oft wenig im grünen Sinnen. So haben wir es unter einer zur Zeit bestehenden SPD-Alleinregierung nicht geschafft, etwas für die regenerativen Energien (bis auf Windkraft) zu tun. Lehrte ist bei der Solarenergie Diaspora! Obwohl die Stadt eigene Stadtwerke hat, allerdings ohne Strom.

Hier arbeiten wir und versuchen gemeinsam mit einer 8 Köpfe starken grünen Jugend gemeinsam Politik zu machen.

Die Listenaufstellung zur Stadtratswahl haben wir bereits hinter uns. Es ist gelungen insgesamt 25! Parteimitglieder für eine Kandidatur aufzustellen. Mit so vielen Menschen sollte es gelingen wieder

4 Ratsmandate wie 1996/2001 zu erreichen, denn im Moment habe wir "nur" 2 Leute in der Fraktion. Die Verantwortung tragen hier Harald Gruhl und Ronald Schütz als Fraktionsvorsitzender.

Zur Zeit arbeiten wir an unserem Kommunalwahlprogramm, dass wir in den letzten 8 Monaten mit mehreren öffentlichen Workshops, genannt "Lehrter Ratschlag", zu verschiedenen Themenbereichen vordiskutiert und strukturiert haben. Die Programmverabschiedung ist am 21. Juni auf einer Mitgliederversammlung geplant.

Ein lebendiger Ortsverband, der sich oft trifft und expandieren möchte. Exportieren können wir aber auch, denn das Lehrter Grüne Urgestein Doris Klawunde ist unsere gemeinsame Kandidatin für das Amt der Regionspräsidentin.

Zu erreichen sind wir unter einheitlichen Email-Adressen:

Andrea Strzalla, Sprecherin, strzalla@gruene-lehrte.de
Jan-Klaus Beckmann, Sprecher, beckmann@gruene-lehrte.de
Carsten Milde, Schatzmeister, milde@gruene-lehrte.de
Ronald Schütz, Fraktionsvorsitzender, schuetz@gruene-lehrte.de
Harald Gruhl, Fraktion, gruhl@gruene-lehrte.de
Grüne Jugend, jugend@gruene-lehrte.de

Wer mehr erfahren möchte, setzt sich einfach mit uns in Verbindung oder schaut mal vorbei, zur Not auch hier: www.gruene-lehrte.de

Zu Hause bei der OB-Kandidatin

Hier ist eine Hochburg der Grünen. 99 Mitglieder, 3 Bezirksratsmitglieder und 16,6 % bei der letzten Kommunalwahl. Stadtteilgruppensprecherin ist Silvia Klingenburg, die hier den Stadtteil der OB Kandidatin vorstellt.



Aiso, wir sind die Stadtteilgruppe, in der unsere Oberbürgermeisterkandidatin „zu Hause“ ist. Das ist nicht etwa so, weil wir so super sind, sondern einfach, weil sie hier wohnt.

Auf dem Papier hat Vahrenwald/List ziemlich viele Mitglieder. Aktive Mitarbeiter hat unsere Stadtteilgruppe ca. 10. Wir treffen uns regelmäßig an jedem letzten Montag im Monat im Freizeithaus Vahrenwald.

In den häufig auftretenden Wahlkämpfen entwickeln wir echte Einsatzfreude. Da stehen dann donnerstags und samstags bei Sonne, Regen, Eis oder Sturm warm verpackte grüne Menschen und verteilen Zeitungen oder lassen sich in Diskussionen verwickeln.

Ansonsten versuchen wir seit Herbst 2005, die etwas trockenen Treffen der Stadtteilgruppe durch Einladung verschiedener Referentinnen zu beleben. So stellten sich zum Beispiel an einem Abend die drei Oberbürgermeisterkandidatinnen vor, Birgit Teschner und Ingrid Wagemann berichteten an einem anderen Abend über Kinder- und Jugendpolitik, Hannolore Mücke-Bertram informier-

te über Straßennamen und über Hartz IV. Seitdem sind unsere Diskussionen lebendiger und die Abende informativer.

Daneben gibt es aber auch immer Dinge aus dem Stadtteil zu klären. Momentan geht es um die Umgestaltung des Spielplatzes Körtingstraße. Dort haben wir eine BürgerInnenbefragung durchgeführt. Das Ergebnis wird in die Stadtteilkonferenz eingebracht und dort wird über ein weiteres Vorgehen beraten.

Gut besucht und interessant sind unsere Veranstaltungen im Sommer. Ob es ein Stadtteilspaziergang, geführt von stattreisen, war oder Fahrradtouren durch die List oder Vahrenwald. Alle haben Interessantes und Neues über das Leben hier in der List vermittelt und den TeilnehmerInnen gut gefallen.

Dieses Jahr planen wir am 18. Juni wieder eine Fahrradtour. Sie soll ihren Anfang an der Grundschule Mengendam nehmen. In Zeiten des Wahlkampfes, in denen Schulsanierung in aller Munde ist (speziell bei der CDU), wollen wir durch eine Schule führen, die in den letzten Jahren grundsaniert wurde. Da hier an mehreren Stellen auch diverse Bezirksratsmittel hineingeflossen sind und wir Grüne die verschiedenen Projekte unterstützt haben, gibt es einiges Positives zu berichten.

Damit wäre ich am Ende und am Wichtigsten. Das ist die Zusammenarbeit mit unserer Bezirksratsfraktion. Wichtigster Punkt bei allen Montaglichen Treffen ist die Information aus dem Bezirksrat und die Diskussion darüber, wie wir diese Arbeit unterstützen können.

Kontakt:

Silvia Klingenburg, Stadtteilgruppensprecherin, silvia.klingenburg@gmx.de

Gefahr durch RFID-Technologie

Wir unterstützen die Forderung der EU-Kommission nach globalen Regeln zum Schutz von Grundrechten im Zusammenhang mit der Einführung der RFID-Systeme. Die immer billiger werdenden kleinen Funk-Chips ermöglichen eine grenzenlose Sammlung persönlicher Daten durch die Privatwirtschaft. Die damit verbundenen Gefahren müssen erforscht und offen diskutiert werden. In einem öffentlichen Fachgespräch haben wir die Risiken und Chancen der RFID-Technologie beleuchtet. Im Mittelpunkt standen dabei der Daten- und Verbraucherschutz. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Bundestag sich im Rahmen einer ausführlichen Technikfolgenabschätzung mit der RFID-Technologie auseinandersetzt.

Verkauf von Bürgerdaten geplant?

Absurde Produkte aus Schäubles Denkfabrik: Wir fordern Bundesinnenminister Schäuble auf, seine Planungen zur Einführung eines biometrischen Personalausweises offen auf den Tisch zu legen. Es reicht nicht, wenn die Pressestelle des Bundesinnenministeriums (BMI) den Verkauf von Personalausweisdaten an die Wirtschaft als Denkmodell herunterzuspielen versucht. Nach den Plänen des BMI soll offensichtlich bis zum Jahr 2008 neben dem biometrischen Pass auch der biometrische Personalausweis eingeführt werden. Zur Finanzierung der Kosten wird im BMI auch über einen Verkauf der Bürgerdaten an die Wirtschaft nachgedacht. Die Einführung eines Personalausweises, in dem die Fingerabdrücke aufgenommen werden, lehnen wir entschieden ab. Ein Personalausweis mit RFID-Chip wäre das perfekte Überwachungsinstrument. Eine absurde und mit der Verfassung nicht vereinbare Vorstellung ist der Verkauf von Personalausweisdaten an die Wirtschaft. Genauso gefährlich für die Bürgerrechte wäre die erkennungsdienstliche Behandlung aller Bürgerinnen und Bürger ab dem 16. Lebensjahr. Die Einführung eines zentralen

Melderegisters und der Online-Zugriff der Polizei auf diese Daten wären schnell die möglichen weiteren Schritte. Zu Recht weist die Gesellschaft für Informatik e.V. auf die Gefahr hin, dass durch die Kombination von Namen, Anschrift und biometrischen Merkmalen neue und gefährliche Auswertungs- und Überwachungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die grüne Bundestagsfraktion hat sich unter rot/grün erfolgreich dagegen zur Wehr gesetzt, dass in Deutschland mehr umgesetzt wird, als die EU-Verordnung zur Einführung biometrischer Reisedokumente erfordert. Verfrüht, ohne dass von uns immer wieder geäußerte Sicherheitsbedenken ausgeräumt werden konnten, wurde der biometrische Pass eingeführt. Schon damals haben wir vor der Kostenexplosion gewarnt. Jetzt wird dafür die Rechnung präsentiert.

Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk

Der Gesetzentwurf zur Einrichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wurde bereits von Rot-Grün verabschiedet und anschließend leider im Bundesrat blockiert. Dass Deutschland nicht in der Lage war, zur Fußball-WM ein modernes digitales Funknetz einzuführen, ist ein Armutszeugnis für die Sicherheitspolitik. Die jahrelange Blockade der Einführung des digitalen Polizeifunks ist ein Beispiel dafür, wie schwerfällig der Föderalismus sein kann. Es ist erfreulich, dass Bund und Länder sich offensichtlich auf ein Verwaltungsabkommen verständigt haben. Die Einrichtung einer Bundesanstalt als Bündelungs- und Koordinierungsbehörde für die organisatorische Bewältigung der Aufgaben zur Einführung eines digitalen Funknetzes habe ich unter Rot-Grün begrüßt und meine Haltung hat sich auch jetzt in der Oppositionsrolle nicht geändert. Es ist erforderlich, dass die Interessen der Nutzer des Digitalfunks gebündelt wahrgenommen werden.

Eure Silke Stokar
silke.stokar@wk.bundestag.de
 Tel.: 0511 30 66 52



BHKW-Ausbau jetzt!



Über 110 Personen besuchten die Veranstaltung der Grünen Ratsfraktion „BHKW-City Hannover“ am 17. Mai im Gobelinsaal des Neuen Rathauses. Dazu waren Gäste aus verschiedenen Bereichen eingeladen, von der Politik über den Wohnungsmarkt bis zur lokalen Wirtschaft.

Hauptgast des Abends war Bärbel Höhn, frisch gewähltes Vorstandsmitglied der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. „Der Einsatz von Erdgas-BHKW bedeutet eine CO₂-Minderung von 80 bis 90% gegenüber älteren Kohlekraftwerken“, so Höhn in ihrem Beitrag zu Beginn der Veranstaltung. Dr. Danyel Reiche und Sibyl Steuwer, Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin, lieferten Grundlageninformationen zu den Potenzialen von BHKW in der Region. Dabei betonten sie, dass der Ausbau von BHKW neben quantitativen Zielsetzungen auch Umsetzungsstrategien benötigt, sowohl von der Politik, als auch von den Stadtwerken. Kritisiert wurde insbesondere eine Diskriminierung von BHKW-NutzerInnen, die durch zu hoch angesetzte Messpreise und teu-

ren Zusatzstrombezug behindert werden.

Aufgegriffen wurden diese Thesen von Hans Mönninghoff, Umweldozent der LHH: „BHKW und Kraft-Wärme-Kopplung im Allgemeinen sind ein optimales Kombinationsprojekt beim Zusammenspiel von Ökologie und Ökonomie!“

Weitere Beiträge beleuchteten den Nutzen von BHKW im Bereich von Wohnanlagen (Heinz Schaper, W & E Schaper GmbH), beim Einsatz für Gewerbe und Sportvereine (Christian Grubert, Architekt) und Contracting als Baustein für eine wirtschaftlich-nachhaltige Förderung (Frank Stoppa, Verband für Wärmelieferung). Michael Dette, energiepolitischer Sprecher der Grünen Ratsfraktion, skizzierte das Grüne Konzept zur Förderung von BHKW in der Klimaschutzregion Hannover: „BHKW leisten einen Beitrag für Klimaschutz und zur nachhaltigen Energieversorgung. Grüne werden sich deshalb, gestärkt durch den Input dieser Veranstaltung, für einen forcierten Ausbau und eine verbesserte Förderung von BHKW einsetzen.“

Die Debatte hat gezeigt, dass BHKW-BetreiberInnen nach wie vor zu viele Hemmnisse im Weg stehen. Diese gilt es abzubauen und das Innovationsklima zu verbessern, statt Mittel in den Klimakiller Kohlekraft außerhalb der Region zu stecken! Das rege Interesse an dieser Veranstaltung zeigt: Unterstützung und Know-How zum Ausbau von Zukunftsenergien ist reichlich

Blockheizkraftwerk

Ein Blockheizkraftwerk (BHKW) erzeugt gekoppelt Strom und Wärme nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Der ökonomische und ökologische Grundgedanke liegt darin, die Abwärme als Nebenprodukt der Stromerzeugung für einen Heiz- oder einen absorptiven Kühlprozess zu nutzen. Gegenüber herkömmlichen Anlagen haben BHKWs einen insgesamt deutlich höheren Wirkungsgrad.

Kurzpraktikum bei Conti



Als ich die Conti Zentrale betrat, war ich von dem schlichten Gebäude und den bescheidenen Büros überrascht. Bei 80.000 Beschäftigten in 27 Ländern weltweit hatte ich mir die Zentrale aufwändiger vorgestellt. Es sollte sich im weiteren Verlauf meines Aufenthaltes zeigen, dass die geringe Distanz unter den Mitarbeitern und zwischen der gesamten Verwaltungsebene und der Chefetage zur Unternehmenskultur gehört.

Zunächst standen Gespräche mit Mitarbeitern der internen Unternehmenskommunikation auf meinem Programm.

Es ist sicher eine große Herausforderung, in weit verzweigten Unternehmen den Informationsstand bei allen Beschäftigten auf dem gleichen Niveau zu halten. Conti tut das mit einer alle zwei Monate erscheinenden Mitarbeiterzeitung, die möglichst gleichzeitig weltweit in allen Landessprachen verteilt wird.

Im Anschluss hatte ich Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Conti-Vorstandsvorsitzenden Manfred Wennemer. Neben kontroversen Einschätzungen zu der geplanten Schließung der PKW-Reifenproduktion am Standort Hannover fanden sich auch eine Menge Übereinstimmungen wie z.B. die Kritik an der geplanten Mehrwertsteuer-Erhöhung und die Skepsis gegenüber Kombi-lohnmodellen.

Am zweiten Tag hatte ich Einblick in die Forschung und Entwicklung, konnte mich im Bereich der Prototypen-Fertigung als „Profilschnitzer“ versuchen und Fachgespräche über Lärminderungs-Potenziale mit den Akustikfachleuten führen. Interessant war dort, wie gering die weiteren Optimierungspotenziale beim Stand der Technik noch im Reifenmaterial sind und wie hoch dagegen der Einfluss der Straßenoberfläche für die verbleibende Lärmentwicklung ist. Hier besteht Nachholbedarf in der Zusammenarbeit zwischen Straßenbauern und Reifenherstellern, um die Belastungen noch wirkungsvoller zu senken.

Im weiteren Verlauf konnte ich bei Conti Tech die Herstellung verschiedener Feder- und Halterungssysteme für unterschiedlichste Fahrzeugtypen diverser Hersteller begleiten. Demnächst wird es auch Scania 40-t-LKW geben, die mit Luftfedern ausgestattet sind, die ich montieren durfte. Die Qualitätskontrolle wurde von dem Mitarbeiter, dessen Tätigkeit ich kurzzeitig ersetzte, freundlicherweise sehr sorgfältig gemacht, so dass sicher gestellt ist, dass nur bei mir dauerhafte Spuren meines „Seitenwechsels“ in der Conti feststellbar sein dürften.

Enno Hagenah
 enno.hagenah@lt.niedersachsen.de



AUS DEM LANDTAG

Nichts wühlt die Parlamentarier mehr auf als das Rauchverbot

Über keine der inhaltlichen Plenarinitiativen der grünen Fraktion wurde im Mai Plenum so heftig zwischen den Abgeordneten auf den Landtagsfluren diskutiert, wie über eine eher informelle grüne Initiative, die gar nicht auf der Tagesordnung stand. Nicht die drohende MWST-Erhöhung, oder die weiter zu hohe Feinstaubbelastung in vielen Städten, nicht der zunehmende Rechtsradikalismus oder die immer noch nicht geklärte Ursache der hohen Zahl an Leukämiefälle an der Unterelbe wühlte die Parlamentarier der anderen Fraktionen so sehr auf, wie der Beschluss des Präsidiums, ein Rauchverbot im gesamten Landtag zu verhängen.

Die grüne Fraktion wurde dafür als Verursacher ausgemacht, die im üblichen „Gutmenschen-Überschwang“ den entsprechenden Wunsch an den Landtagspräsidenten herangetragen hatte. – Tatsächlich hatte unsere schulpolitische Sprecherin Ina Korter nach einer Diskussion in der Fraktion den Präsidenten darauf hingewiesen, dass nach dem von Minister Busemann an den Schulen verhängten Rauchverbot, das nur im Plenarsaal und den Ausschussräumen eingeschränkte Rauchen der Abgeordneten im Landtag nicht mehr vertretbar sei.

Ähnlich wie bei den Schulen, bei denen wir Grünen z.B. für Berufsschulen auch eher differenzierte Regelungen statt der geltenden absoluten Verdrängungsdoktrin von Busemann bevorzugen, hatte unsere Fraktion aber auch im Landtag für stark rauchende KollegInnen dabei Rückzugsbereiche vorgeschlagen.

Derartige differenzierte Lösungen scheinen aber Landtagspräsident Gansäuer (CDU) und Vizepräsident Biel (SPD) nicht zu liegen. Sie nutzten ganz in der Manier der großen Koalition im Bund Inas Vorschlag zu einer Radikallösung, versuchten dabei aber den damit verbundenen Ärger auf uns zu lenken. – Manchmal geht es im Landtag halt auch ganz schön klein kariert

zu. Enno als Nichtraucher hat daraufhin sein Büro für RaucherInnen zum sanktionsfreien Gebiet erklärt, damit sich alle wieder mehr auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren.

Kommunalpolitik in den Mittelpunkt

Die grüne Fraktion versucht nämlich eigentlich zur Zeit möglichst kommunalpolitische Themen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, um im Vorfeld der Wahlen im September einen Beitrag zur Mobilisierung und Themensetzung im grünen Sinne zu unterstützen.

Wegen der notwendigen Trennung der Landtagsarbeit und parteipolitischer Aktivitäten sind hier zwar klare Grenzen notwendig, aber es ist natürlich statthaft, dass die Abgeordneten Ihre Informationsmaterialien und Veranstaltungsangebote für die Grünen vor Ort jetzt besonders auf kommunale Problemstellungen hin zuspitzen.

Veranstaltungsangebote von Enno

Enno macht das unter anderem mit Veranstaltungsangeboten bzw. Infopaketen zu Themen wie „Ökoprotit“, zur „demografischen Entwicklung“, zur „Zukunft des ÖPNV“ und zu „Entwicklungsbereichen für Einzelhandel und Dienstleistungen (BID)“.

Alle Angebote im neuen Internet der Fraktion

Ähnliche Angebote werden auch von den anderen grünen Abgeordneten zu Ihren aktuellen Themen vorbereitet und können auf der neuen Internetseite der Fraktion bequem durchstöbert und heruntergeladen werden (www.gruene-niedersachsen.de, oder www.enno-hagenah.de).

Wenn grüne Ortsverbände Interesse an thematischen Veranstaltungen mit den Abgeordneten der Landtagsfraktion haben, sollten Sie sich zügig melden, denn die Terminkalender füllen sich schon bis zur Kommunalwahl.

Euer Enno Hagenah
 enno.hagenah@lt.niedersachsen.de
 Tel.: 0511 3030-3308



Änderungen zum Fahrplan

Mit rotgrünem Änderungsantrag soll das Stadtteilverkehrskonzept Springe überarbeitet und auf den Weg gebracht werden. Außerdem wird die hannöversche Busringlinie 131/132 zwischen Lindener Markt und Küchengarten ab 2007 über den Schwarzen Bären geführt. Und die Seelzer Linie 571 wird zunächst nicht wie geplant gekürzt, sondern bleibt vorerst für ein Jahr so bestehen.

Die Gartenregion kommt

Gegen die Stimmen der CDU, welche die Gartenregionsgelder nur für Yukon Bay abzweigen wollte, wurde der Start des Projektes „Gartenregion 2009“ mit rotgrüngelben Stimmen beschlossen. Die „Gartenregion 2009“ bietet riesige Chancen für den Tourismus sowie die lokale bzw. regionale Naherholung in der Region. Voraussetzung dafür ist auch eine regionale Ausgewogenheit. Von den ca. 50 „Gärten“ der Region können nicht alle zur Attraktion ausgebaut werden – aber durch eine geschickte Positionierung doch alle einbezogen werden. So kann die Gesamtregion ebenso wie alle einzelnen Kommunen von diesem Projekt kurz- und langfristig nur profitieren.

Organisation der Metropolregion

Rotgrün in der Region Hannover haben einen Änderungsantrag mit konkreten Forderungen eingebracht:

Das Land Niedersachsen, das die Metropolregionen Hamburg und Bremen mit je ca. 500.000 Euro jährlich fördert, soll sich endlich auch finanziell an „ihrer“ niedersächsischen Metropolregion beteiligen. Bisherige Förderungen durch das Land: 0 Euro!

Weiter wird die Einrichtung einer hauptamtlichen Geschäftsstelle efordert, die finanziell und personell auskömmlich ausgestattet wird. Bisher muss eine Person das mit einer halben Stelle „nebenbei“ wuppen. So wird das nichts mit unserer europäischen Metropolregion!

Wer kennt die Metropolregion? Mit mehr Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz sind BürgerInnen, Kommunen und Gebietskörperschaften besser über den

Metropolisierungsprozess zu informieren und in ihn einzubinden. Außerdem braucht die Metropolregion eine demokratische Legitimation durch Beteiligung der Politik.

Förderschulkonzept beschlossen

Die Regionsversammlung hat jetzt ein Konzept beschlossen, in dem es um die weitere Entwicklung der Förderschulen mit den Schwerpunkten Sprache, Hören, Sehen sowie emotionale und soziale Entwicklung geht. In der Region ist die Versorgung mit Förderschulplätzen relativ hoch. Was dagegen ausgebaut werden muss, sind die integrativen Angebote wie mobile Dienste und die sonderpädagogische Versorgung in den Grundschulen, um einen wohnortnahen Schulbesuch zu ermöglichen und einen weiteren Ausbau der Förderschulen zu vermeiden.

Die Umsetzung setzt voraus, dass die betroffenen Gemeinden und Schulen mitziehen und das Land ausreichend Personal zur Verfügung stellt, damit gemeinsam, auch unter Einbeziehung der Jugendämter, sog. Vor-Ort-Konzepte entwickelt werden können. Wir hoffen dabei auf Eure Unterstützung, um mehr Integration zu ermöglichen, statt Kinder mit Förderbedarfen aus den Regelschulen und damit oft aus ihrem Lebens- und Freundesumfeld herauszunehmen.

Das Förderschulkonzept (Entwurf) steht im Internet unter www.region-hannover.de.

Ausbildung statt Warteschleifen

Junge Menschen brauchen eine Perspektive. Wer ohne Ausbildung bleibt, hat ein vielfach höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen sinkt, während die Zahl der Ausbildungssuchenden, die die Schulen verlassen, steigt. Vor diesem Hintergrund hat die Region jetzt auf rotgrünen Antrag beschlossen, zeitnah ein Modellprojekt zu entwickeln, dass 200 schulische Ausbildungsplätze in anerkannten Berufen mit abschließender Kammerprüfung zum Ziel hat.

Eure Regionsfraktion
gruene@region-hannover.de
 Tel.: 0511 616 22 084

GJH erwacht aus Winterschlaf...

...und dreht sich dabei im Kreis. Ein Bericht über die Aktivitäten der letzten Wochen von Patrick Drenske, GJH

Der nächste Wahlkampf steht an. Neben vielen Veranstaltungen der Grünen hat auch die Grüne Jugend schon eine Landesmitgliederversammlung und einen Bundeskongress hinter sich. Da uns das natürlich nicht genug ist, haben wir wieder angefangen, unseren gewohnten Aktionismus auszuleben.

20 Jahre nach dem GAU von Tschernobyl wurde dies von der GJH als Anlass genommen, auf dem Kröpcke ein Straßenschauspiel zu veranstalten. Dabei verteilten sich ca. 40 AktivistInnen auf dem Kröpcke. Zwei weitere MitstreiterInnen, in Schutzanzügen und Gasmasken, trugen währenddessen ein „Atomfass“ über den Platz und ließen es scheppernd zu Boden fallen. Daraufhin fielen sämtliche andere AktivistInnen um und wurden von den beiden SchutzanzugträgerInnen „abtransportiert“. Zusätzlich gab es einen Info-Stand an dem wir Infomaterial verteilten und zu Diskussionen einluden.

Die nächste aufsehenerregende Aktion folgte beim Solarfest am Maschsee. Diese Veranstaltung, auf der sich jährlich alle Gruppierungen, die mit Solarenergie zu tun haben, präsentieren, wird unter anderem von den Stadtwerken dazu benutzt, sich als progressiv ökologisch zu profilieren. Nach der Begrüßungsrede erklimmen die GJ-Mitglieder Patrick Drenske und Milena Glimbovski die Bühne, ergatterten das Mikrofon und erklärten dem erstaunten Publikum, dass die Stadtwerke planen, in

Zusammenarbeit mit E.ON ein Kohlekraftwerk zu errichten. Für die Planung dieser Dreckschleuder wurde dann den Herren Feist, Ahrends und Schmalstieg auch gleich ein selbstgebastelter „Orden der Gestrigkeit“ überreicht. An diesem Tag startete auch eine Unterschriftenaktion gegen das Kraftwerk mit dem die GJ versucht, zusätzlichen Druck auf die Stadtwerke auszuüben. Die gesammelten 700 Unterschriften wurden dem Aufsichtsrat überreicht.

Gleich am nächsten Tag ging es beim 1. Mai Fest auf dem Faustgelände weiter, wo wir gegen Legebatterien protestierten.

Zum Abschluss dieser ereignisreichen Woche wurde am 5.5.06 unsere erste diesjährige Party veranstaltet. Der Erlös dieser Feier, auf der zuerst die Bands Stupify und Silverline spielten und dann DJ Moe auflegte, sollte an Strahlenopfer in Belarus gehen.

Also wieder eine Veranstaltung zum Thema Atomkraft. Haben wir uns damit im Kreis gedreht? Mitnichten. Es wurde aber ein Schwerpunkt gesetzt. Auf die Ökologie. Auf die Atomkraftfrage. Auf ein Thema, das uns jeden Tag beschäftigt und bei dem wir nicht loslassen werden bis alle eingesehen haben: Atomkraft ist Kacke!

Einen guten Wahlkampf wünscht:
 Eure Grüne Jugend Hannover

Patrick Drenske
patrick.drenske@gj-nds.de



Grüne Jugend Hannover

Die Grüne Grüne Jugend Hannover trifft sich jeden Mittwoch um 18:00 Uhr im Grünen Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1
 Alle sind herzlich Willkommen!

Mehr Infos: www.gj-hannover.de

Ladenschluss ist längst gefallen

Es ist Sonntag etwa 10 Uhr. Der Duft von frisch gebackenen Brötchen liegt in der Luft. Der Verkaufstresen bietet eine verlockende Auswahl an Gebäck und vielem Mehr für das üppige Sonntagsfrühstück. Der modern gestaltete Verkaufsraum ist um diese Zeit voll von Menschen, die sich noch mit dem einen oder anderen Artikel versorgen, der am Samstag versehentlich nicht auf die Einkaufsliste gekommen ist.

Ein Plädoyer für die Aufhebung des Ladenschlusses von Mark Meißner

Manche mögen auch hier sein, weil erst seit Samstagabend feststeht, dass am Sonntag noch ein paar Freunde zu Besuch kommen. Andere wiederum sind hier, weil sie nach der Nachtschicht noch dringend unerlässliche Gegenstände für ihren Haushalt benötigen und „unter der Woche“ dafür keine Zeit war. Diese Menschen bezahlen einen deutlich höheren Preis für Artikel des täglichen Bedarfs, denn für eine Schnäppchenjagd im Discounter montags bis freitags von 6 Uhr bis 20 Uhr oder samstags zwischen 6 Uhr und 16 Uhr, fehlt ihnen häufig die Zeit und manchmal auch die Kraft.

Wieder andere kommen nur schnell rein, um sich Deutschlands schnellstes Magazin und ein Päckchen Tabak mitzunehmen. Insgesamt ist das Einkaufsklima entspannt in diesem Verkaufsraum.

Keiner ist genervt wenn er warten muss, man kommt sogar ins Gespräch, vereinzelt wird sogar gelacht.

Warum dürfen Tankstellen, was andere nicht dürfen?

All das klingt nach einer schönen neuen Einkaufswelt, die es so in Deutschland noch nicht gibt und die sich vehemente Gegner des Ladenschlussgesetzes für ihre Argumentation ausmalen. Und doch sind diese sonntäglichen Szenen schon heute zu beobachten: in 2522 Aral - Tankstellen (inkl. BP), in 2.220 Shell - Tankstellen in 1230 Esso - Tankstellen, in 1055 Total - Tankstellen, 809 AVIA, 754 Jet, 681 Agip, 477 Orlen, ... Die



Shopper ohne Grenzen - Die Promenade am Hauptbahnhof brummt fast Tag und Nacht. Die Geschäfte am Raschplatz wollen von der Sonderregelung für den Bahnhof profitieren und ihre Geschäfte auch länger öffnen. Dies wirft ein mal mehr die grundsätzliche Frage auf: Wie halten wir es mit den Ladenöffnungszeiten?

Ein Pro und ein Contra Ladenöffnungszeiten von Mark Meißner und Jan Haude.

komplette Liste findet man unter www.mwv.de

Warum der Mineralölwirtschaft in über 15.000 Verkaufsstellen in diesem Land erlaubt ist, was dem Einzelhandel verwahrt bleibt, dafür gibt es keine vernünftige Erklärung. Dass eine vielfältige europäische Gesellschaft des 21. Jahrhunderts seinen Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten bieten muss, sich auch am Wochenende zu versorgen, steht allerdings auch fest. Deshalb weg mit dem Ladenschluss!

Mark Meißner

mark.meissner@hannover-rat.de



Mehr Arbeit auf weniger Schultern

„Warum stehen Studenten vor sechs Uhr auf?“ – „Weil dann die Läden dicht machen.“ Der gute alte Studentenwitz zieht nicht mehr. Inzwischen haben bereits (fast) alle Läden bis 20 Uhr auf. Waren Samstags Mittags die Pforten dicht, funktioniert auch dieser inzwischen wie ein normaler Wochentag. Die frühere Mittagspause wirkt wie ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten, als die Welt noch schwarz-weiß war und Helmut Rahn aus dem Hintergrund schießen musste und dies auch tat.

Ein Plädoyer für den Erhalt des Ladenschlusses von Jan Haude.

Gut, wenn mensch spät abends am Hauptbahnhof ankommt, kann es bequem sein, noch schnell in den Laden zu hüpfen. Aber dafür gibt es auch nach wie vor Kioske, die bis tief in die Nacht auf haben.

Leittragende sind die Beschäftigten

Gravierender ist die Kehrseite der Ausweitung des Ladenschlusses: Leittragende sind vor allen Dingen die Beschäftigten der Läden. Diese stehen sich zukünftig bis in die Nacht die Beine in den Bauch und müssen in den unmöglichsten Schichten arbeiten. Zu Mehreinstellungen wird dies nicht führen, eher streichen die Geschäftsführungen weiter am Service und lassen weniger Personal mehr arbeiten. Fazit: Längere Öffnungszeiten bringen nur einen geringen Mehrwert für die Kunden, den eigentlich niemand braucht. Die Verlierer sind die Beschäftigten. Und Erzähler von Studentenwitzen, die ziehen nämlich bei einer Verlängerung des Ladenschlusses nun wirklich nicht mehr...

Jan Haude

jan.haude@web.de



Lust auf Kontroverse?

Gerne drucken wir an dieser Stelle interessante Kontroversen ab, die sich in Diskussionen in eurem Ortsverband, eurer Stadtteilgruppe, eurer Fraktion, oder auch beim Bier ergeben! Sagt einfach Bescheid!

Künast kommt!

Am 15.7.2006 ist das große Sommerfest für alle Grünen und Interessierte als Auftakt zur Kommunalwahl in der Region Hannover. Geplant von Friedrich Maage, dem Biolandwirt aus Benthe, und den Ronnenberger Grünen, unterstützt vom Regionsverband Hannover, wollen wir mit euch ein schönes Fest feiern.



Silke Stokar, unsere Kandidatin für das Amt der Regionspräsidentin, Doris Klawunde und die Kandidatin für das Oberbürgermeisteramt in der Stadt Hannover, Ingrid Wagemann. Die Dezernenten Hans Mönninghoff und Pico Jordan komplettieren die Runde.

Den ganzen Tag über könnt ihr euch und unsere Gäste an verschiedenen Ständen bei einem Markt der Möglichkeiten informieren, spielen oder etwas ausprobieren. Kinder kommen zum Beispiel bei den Treckerfahrten oder dem Spielmobil der Schre-

berjugend sicher auf ihre Kosten. Spannend für Erwachsene und Kinder ist auch das große Formicarium der Ameisenschutzware Region Hannover. Für ein reichhaltiges Angebot an Essen und Getränken, natürlich ökologisch korrekt, ist gesorgt und die Musik spielt auch.

Der Ausklang des Sommerfestes in Benthe erfolgt dann gemütlich am Abend bei Gesprächen am Lagerfeuer.

Beginn ist am Samstag, den 15.7.2006 um 13.00 Uhr. Die offizielle Eröffnung wird dann durch unseren Gast aus Berlin Renate Künast, der ehemaligen Verbraucherschutzministerin gegen 15.00 Uhr erfolgen. Eingeladen wird auch zu verschiedenen Talkrunden rund um die Politik, mit unseren Spitzenkandidatinnen in der Region Hannover. Für Gespräche zur Verfügung stehen auch die Bundestagsabgeordnete

Werde 1.000. Mitglied!

Gewinne ein Essen im Lindenkrug!

Der Regionsverband Hannover steht kurz davor, sein 1.000. Mitglied begrüßen zu dürfen! Dies ist die optimale Gelegenheit, endlich für Grün und in Grün Partei zu ergreifen.

Dieser Ausgabe der Grünen Seiten liegt daher ein Eintrittsformular bei. gebt dieses an Freunde, Bekannte, KollegInnen weiter oder wen ihr schon immer gerne bei den Grünen gesehen hättet.

Das lohnt doppelt!

Für das 1.000. Mitglied lohnt sich eine Mitgliedschaft doppelt. Nicht nur das gute Gefühl, in einer guten Partei Mitglied zu sein gewinnt das 1.000. Mitglied, sondern auch einen Gutschein für ein gutes Essen im Lindenkrug in Hannover-Limmer!

TERMINNE

19.06. **18:00**
Verkehrs-AG, Hildesheimer Straße 20, Katja Busch, katja.busch@region-hannover.de, Tel.: 0511 616-22082

23.06. **17:15**
Stadt-MV zur Votenvergabe für die Wahl der Delegierten LDK und BDK aus dem Stadtverband, Odeonstraße 4. Kontakt: stadt@gruene-hannover.de, Tel.: 0511 32 33 14

23.06., **18:00**
Regions-MV, Diskussion Grüne Zukunftsthemen und Wahl der Delegierten LDK und BDK, Odeonstraße 4, Kontakt: Tel.: 0511 300 88 66, region@gruene-hannover.de

29.06. **20:00**
Wagemann im Gespräch mit Herbert Schmalstieg. Siehe hierzu auch die beigelegte Einladung.

08./09.07.
Plakatieren im Stadtverband, Lager im Lindener Hafen. Bitte notiert euch schon den Termin. Genaue Einladung folgt.

15.07. **ab 13:00**
Grünes Sommerfest als Auftakt zum Kommunalwahlkampf. Benthe, Hof Maage.

24.08.
Party Grüne Jugend und OB-Kandidatin im Chez Heinz. Weitere Infos folgen.

01.09.
Lange Nacht der Frauen. Eine Aktion der Frauen AG. Kontakt: ruth.wenzel@hannover-rat.de, Tel.: 0511 168 44 619. Weitere Infos folgen.

02./03.09.
Grüner Pavillon am Maschsee. Ein ganzes Wochenende Informationen, Unterhaltung und gute Laune im Grünen Pavillon am Maschsee-Nordufer. Weitere Infos folgen.

10.09.
Kommunalwahlen. Grün wählen und Abends im Pavillon am Raschplatz Grün feiern!

Weitere Termine:
www.gruene-hannover.de



Die Grüne Jugend trifft sich jeden Mittwoch um 18.00 Uhr im Grünen Zentrum! InteressentInnen sind herzlich Willkommen!

Mitgliedsbeiträge und Spenden

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail! Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

IMPRESSUM

Die Grünen Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbandes Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/300 88 66, Fax 300 89 66, region@gruene-hannover.de.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Androsch Wyborny, Michael Pelke, Andrea Guthaus, Sven-Christian Kindler, Janko Marklein, Enno Hagenah, Jeanette Weinrich, Ingrid Wagemann, Silvia Klingenburg, Katja Busch, Jan Haude, Günter Wulfert, Andrea Schneider, Patrick Drenke, Mark Meißner, Ronald Schütz und Enno Isermann (V.i.S.d.P.)

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

"Grüne Seiten" werden kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Regionsverband Hannover verschickt. Die nächsten Grünen Seiten erscheinen voraussichtlich im September 2006.

Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/300 88 66, Fax 300 89 66

E-Mail: region@gruene-hannover.de
Internet: www.gruene-hannover.de